

Medienmitteilung der Geschäftsleitung der EDU Schweiz

Mehr Swissness statt Eurostützung

Der Kurssturz des Euro kann von der Schweiz nicht mit Nationalbank-Interventionen am Devisenmarkt aufgefangen werden. Eine Konzentration der Mittel für Arbeitsplatzsicherung und praktizierte echte Solidarität der Bevölkerung zu Schweizer Produkten und Dienstleistungen stärken die eigene Wirtschaft und helfen den eigenen Arbeitsplatz zu sichern!

Die EDU beurteilt die Wechselkursverhältnisse des Schweizer Frankens zum US-Dollar und Euro für unsere Schweizer Wirtschaft als äusserst problematisch. Trotzdem erachtet die EDU die Absicht der Nationalbank grundsätzlich als falsch, die Geldmenge derart auszuweiten und am Devisenmarkt wiederum riesige Euro-Bestände aufzukaufen. Die Wirkung solcher Massnahmen auf den Kurs CHF-Euro wird rasch verpuffen, weil die Ursachen für diese Kursentwicklung in den Euro-Staaten, resp. den USA liegen und von der Schweiz nicht direkt beeinflusst werden können. Zudem wird die bevorstehende Herabstufung der Bonität von Euro-Schuldnerländern wie Portugal, Spanien, Italien, usw. das Vertrauen in den Euro nochmals deutlich verschlechtern und damit den Druck auf Fluchtwährungen erhöhen. Die Ausgabe von Geld zu Zinssatz +/- Null durch die Nationalbank wird die Gefahr von Risiko-Kreditblasen und Inflation verstärken, was nicht im Interesse unseres Landes ist. Aus Sicht der EDU kann der aktuelle Kurssturz und Vertrauensschwund beim Euro nicht mit Massnahmen am Devisenmarkt korrigiert werden, weil er im direkten Zusammenhang mit der unverantwortlichen Schuldenpolitik der EU-Staaten steht.

Die EDU fordert Regierung, Parlament und Nationalbank auf, verfügbare Mittel für Sicherungsmassnahmen von Arbeitsplätzen zu reservieren, wie z.B. die Verlängerung der Dauer von Kurzarbeitszeitvergütungen bei der ALV, die Errichtung einer Währungsrisikoversicherung bei der Exportrisikogarantie usw. Der Nationalbank empfiehlt die EDU mindestens eine teilweise Umlagerung ihrer Euro-Bestände in Gold zu prüfen. Zudem fordert die EDU als Befürworterin von Fairtrade-Regeln die Schweizer Bevölkerung auf, echte Solidarität zur eigenen Wirtschaft zu zeigen und primär Produkte und Dienstleistungen aus der Schweiz zu kaufen. Dies auch im Interesse der eigenen Arbeitsplätze.

Thun, 12. August 2011

Für Rückfragen wenden Sie sich an:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30
Nationalrat Andreas Brönnimann, 079 356 29 70

EDU Schweiz

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach, 3601 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44
PC 30-23430-4, www.edu-schweiz.ch, info@edu-schweiz.ch